



Auszug aus dem substantiellen Protokoll 164. Ratssitzung vom 3. Dezember 2025

5492. 2024/504

**Postulat von Hannah Locher (SP), Nadina Diday (SP) und Fanny de Weck (SP)
vom 06.11.2024:**

**Bericht zu den Handlungsfeldern sowie zu den Massnahmen zur Prävention und
Bekämpfung von Kinderarmut in der Stadt**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Hannah Locher (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3894/2024): *Armut in der Schweiz ist eine Realität. Gemäss dem Bundesamt für Statistik sind 20,3 Prozent der Kinder in der Schweiz armutsgefährdet. Das sind rund 323 100 Kinder; davon leben 102 000 unter der Armutsgrenze. Besonders betroffen sind Kinder aus Ein-Eltern-Haushalten, Familien mit mehreren Kindern oder mit einer Migrationsbiografie. Kinder, die in Armut aufwachsen, bleiben überdurchschnittlich häufig auch im Erwachsenenalter arm. Die Armut verfestigt sich und wird oft von einer Generation zur nächsten weitergegeben. Darauf weisen Organisationen wie Caritas immer wieder hin. Um den Kreislauf zu durchbrechen, helfen gezielte Unterstützungsleistungen wie bspw. eine kindgerechte Sozialhilfe, situationsbedingte Leistungen oder Ergänzungsleistungen für Familien. Eine Studie vom Büro für arbeits- und sozialpolitische Studien BASS, die vor einem Jahr im Auftrag der Charta Sozialhilfe Schweiz veröffentlicht wurde, zeigt deutlich, dass die heutigen Sozialhilfeleistungen nicht reichen, um die soziale Existenz von Kindern und Jugendlichen angemessen zu sichern. Besonders in den Bereichen Bildung und soziale Teilhabe gibt es erhebliche Lücken. Fachpersonen berichten in der Studie von Einschränkungen beim Zugang zu Freizeitaktivitäten oder bei der Nutzung von Nachhilfe und weiterführenden Bildungsangeboten. Dazu kommt, dass viele betroffene Kinder in prekären Wohnverhältnissen leben. Das alles wirkt sich negativ auf ihre Entwicklung aus. Die Studie empfiehlt u. a. Massnahmen bei den Leistungen der Sozialhilfe, eine bessere Berücksichtigung der Bedürfnisse von Kindern und mehr Verbindlichkeit. Es ist erfreulich, dass die zuständigen kantonalen Institutionen auf die Resultate der Studie bereits reagiert haben. Die Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und -direktoren hat vor ein paar Monaten bekannt gegeben, dass auf Basis der neuen Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe SKOS die Förderung von Kindern und Jugendlichen explizit zu den Zielen der Sozialhilfe gehören soll. Vorgesehen sind monatliche Zuschläge pro Kind oder konkrete Leistungen für Freizeit, Bildung und soziale Integration. Diese vorgeschlagenen Massnahmen sind ein wichtiger Schritt. Doch Kinderarmut lässt sich nicht nur auf*

einer Ebene oder nur über Sozialhilfe bekämpfen. Es braucht ein abgestimmtes nationales, kantonales und kommunales Vorgehen. Um das wirkungsvoll machen zu können, braucht es einen besseren Überblick über die Situation von armutsbetroffenen und armutsgefährdeten Kindern respektive über die Armutsbetroffenheit in der gesamten Bevölkerung. Das Bundesamt für Statistik hat letzte Woche im Auftrag des Bundesrats zum ersten Mal ein nationales Armutsmonitoring publiziert. Leider verzichtet der Kanton Zürich auf die Erhebung von Daten, die Aufschluss über die Armutszahlen im Kanton geben würde. Er nimmt seine Verantwortung damit nicht wahr. Umso wichtiger ist es, dass die Stadt in ihrem Zuständigkeitsbereich mehr Transparenz über das Ausmass der Betroffenheit und den Handlungsbedarf bezüglich Kinderarmut schafft. Wir bitten den Stadtrat mit dem Postulat darum, die Situation der Kinderarmut in Zürich zu analysieren und aufzuzeigen, wo Handlungsbedarf besteht und welche Massnahmen gezielt helfen können. Denn auch wir haben Handlungsspielraum, um die Lebensbedingungen von armutsbetroffenen Kindern spürbar zu verbessern – sei es in der Wohnpolitik, mit familienunterstützenden Leistungen oder beim Zugang zu Freizeit und Bildung. Die Massnahmen sollen die Chancengerechtigkeit in Bildung, Gesundheit und sozialer Teilhabe vorantreiben und dazu beitragen, dass jedes Kind in unserer Stadt sich angemessen entfalten kann.

Michele Romagnolo (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 20. November 2024 gestellten Ablehnungsantrag: Kinderarmut ist Sache des Bundes und des Kantons. Deswegen lehnen wir den Prüfauftrag ab. Nicht, weil das Thema Kinderarmut unwichtig wäre – im Gegenteil. Die Zahlen sind seit Jahren bekannt. In der Schweiz lebt rund jedes sechste Kind unter der Armutsgrenze. Die Folgen sind auch bekannt. Sie reichen von schlechter Gesundheit über wenig Bildung bis zu eingeschränkter sozialer Teilnahme. Die Stadt Zürich verfügt schon über umfangreiche Daten. Wir kennen die Problemfelder und haben zahlreiche Programme in der frühen Förderung. Dazu kommt die Sozialhilfe, die Schulsozialarbeit und viele weitere. Ein neuer Bericht würde vor allem schon Bekanntes wiederholen und Ressourcen binden, die wir besser direkt für Kinder und Familien ausgeben. Gerade deswegen braucht es keine zusätzlichen städtischen Prüfungen. Zudem richten sich die neuesten wissenschaftlichen Empfehlungen, wie die Studie aus dem Jahr 2024 zeigt, vor allem an Bund und Kantone. Hier liegen die wichtigsten Hebel, um etwas zu bewegen, nicht bei der Stadt Zürich. Ein Prüfauftrag schafft keine neuen Handlungsmöglichkeiten. Wir lehnen den Vorstoss ab.

Weitere Wortmeldungen:

Selina Walgis (Grüne): Als Lehrerin sehe ich Kinderarmut nicht nur in den Berichten, sondern auch im Alltag. Ich sehe Kinder mit kaputten oder zu kleinen Schuhen und Kinder, die ohne Winterjacke in die Schule kommen. Solche Situationen gehören auch in Zürich zur Realität. Gemäss aktuellen Zahlen lebt in der Schweiz fast jedes fünfte Kind unter der Armutsgefährdungsgrenze. Das heisst, auch in einer wohlhabenden Stadt wie Zürich wachsen viele Kinder auf, deren Familien das Nötigste kaum finanzieren können. Armut zeigt sich bei Kindern in allen Lebensbereichen: Gesundheit, Bildungschancen, soziale Teilhabe. Und sie hat Langzeitfolgen. Wer in Armut aufwächst, hat als Erwach-

sene ein deutlich höheres Risiko, arm zu bleiben. Das Postulat verlangt nichts Übertriebenes. Es fordert den Stadtrat auf zu prüfen, wo Handlungsfelder bestehen und welche Massnahmen zur Prävention und Bekämpfung von Kinderarmut nötig sind. Eine fundierte Analyse ist der erste Schritt, damit wir gezielt handeln können. Kein Kind soll in Zürich hungern oder ausgeschlossen werden, nur weil seine Eltern zu wenig verdienen.

Roger Föhn (EVP): *Die Fraktion Die Mitte/EVP unterstützt das Postulat. Wir finden es richtig, wenn die Stadt das Anliegen prüft. Obwohl ich persönlich der Meinung bin, dass Zürich da kein Defizit hat, da es schon vieles an Angeboten und Unterstützung gibt.*

Das Postulat wird mit 102 gegen 10 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat